



Tagesordnung für die 3. öffentliche Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit in der Wahlperiode 2023/2027 am 27.02.2024

Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung	Vorlage-Nr.
1	Einwohnerfragestunde	
2	Bereich Polizei und Feuerwehr	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der 2. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit in der Wahlperiode 2023/2027 vom 11.12.2023	I/XI 1/2024
2.2	Sachstandsbericht gem. § 49 Abs. 2 GOSTVV	I/XI 2/2024
2.3	Bericht zu den Ereignissen in der Silvesternacht	
3	Bereich Polizei	
3.1	Anfragen	
3.2	Anträge	
3.3	Sachstandsbericht zu Bearbeitungsrückständen im Ermittlungsdienst	
3.4	Vorstellung des neuen Amtsleiters der Schutzpolizei mit kurzem Vortrag zur Einsatzbelastung durch BAO-Lagen	
3.5	Bericht zur Gewalt gegen Beschäftigte des Außendienstes	I 1/2024
3.6	Benennung Mitglieder Lenkungsgruppe Wochenmärkte	I 2/2024
3.7	Vorzeitige Besetzung bewilligter Stellen in der Abteilung Migration und Einbürgerung	I 3/2024
3.8	Verschiedenes Polizei	
4	Bereich Katastrophenschutz	
4.1	Anfragen	
4.2	Anträge	

4.3	Überörtliche Hochwassereinsätze im Rahmen des Weihnachtshochwassers 2023 in Niedersachsen und Bremen	KatS - I 1/2024
4.4	Hochwasseraudit Seestadt Bremerhaven	KatS - I 2/2024
4.5	Sachstandsbericht Handlungsfelder und Perspektiven im Katastrophenschutz	KatS - I 3/2024
4.6	Verschiedenes Katastrophenschutz	
5	Bereich Feuerwehr	
5.1	Anfragen	
5.2	Anträge	
5.3	Sachstandsbericht zum Neubau eines Gerätehauses für die Freiwillige Feuerwehr Wulsdorf	XI 1/2024
5.4	Sachstandsbericht zur Feuer- und Rettungswache Überseehafen	XI 2/2024
5.5	Bauliche Erweiterung der Integrierten Rettungsleitstelle Unterweser-Elbe (IRLS)	XI 3/2024
5.6	Bericht zur Gewalt im Rettungsdienst zweites Halbjahr 2023	XI 4/2024
5.7	Verschiedenes Feuerwehr	

Vorlage Nr. I/XI 1/2024		
für die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 1

Genehmigung der Niederschrift der 2. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit in der Wahlperiode 2023/2027 vom 25.09.2023

Die Niederschrift der 2. Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit in der Wahlperiode 2023/2027 vom 11.12.2023 ist zu genehmigen.

G Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit genehmigt die Niederschrift in der vorgelegten Fassung.

Grantz
Oberbürgermeister

Anlage: Niederschrift



N i e d e r s c h r i f t

über die 2. öffentliche Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit in der Wahlperiode 2019/2023 am 11.12.2023

Sitzungsraum: Stadthaus 1, Raum 237, großer Sitzungssaal
Beginn: 16:02 Uhr
Ende: 17:20 Uhr

Teilnehmer/innen:

Ausschussvorsitzende

Herr Oberbürgermeister Grantz
Herr Stadtrat Skusa

SPD-Fraktion

Frau Stadtverordnete Batz
Herr Stadtverordneter Hoffmann
Frau Stadtverordnete Kirschstein-Klingner
Herr Stadtverordneter Ofcarek

CDU-Fraktion

Frau Stadtverordnete Köhler-Treschok
Frau Stadtverordnete Milch
Frau Stadtverordnete Steinbach

BD-Fraktion

Herr Stadtverordneter Schumacher
Herr Stadtverordneter Timke, MdBB Entschuldigt

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Stadtverordneter Schott

AfD-Fraktion

Herr Stadtverordneter Jürgewitz

LINKE

Herr Stadtverordneter Secci

FDP-Fraktion

Herr Stadtverordneter Freemann

Einzelstadtverordneter (Die PARTEI)

Herr Stadtverordneter Baumann-Duderstaedt

Weitere Teilnehmer:

Direktor Ortschaftspolizeibehörde:
Bürger- und Ordnungsamt:
Feuerwehr:

Herr Ortgies
Herr Herbrig
Herr Cordes

Herr Oberbürgermeister Grantz eröffnet die Sitzung um 16:02 Uhr. Er stellt fest, dass die Sitzungsunterlagen fristgerecht zugegangen sind und der Ausschuss beschlussfähig ist. Es gibt keine Änderungswünsche zur Tagesordnung.

1. Einwohnerfragestunde

Keine.

2. Bereich Polizei und Feuerwehr

2.1. Anfragen

Keine.

2.2. Anträge

2.2.1. Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und FDP "Koordinierungsstelle psychosoziale Beratung" XI 13/2023

Herr Freemann trägt den Antrag vor und bittet den Ausschuss um Zustimmung. Herr Schott bedankt sich für den Antrag und äußert sich diesbezüglich, dass seitens der Partei Die Grünen dieser Antrag begrüßt wird. Herr Jürgewitz fragt, wie bisher bei den betroffenen Fällen gehandelt wurde. Herr Ortgies betont, dass die Ortspolizeibehörde seit Jahren bemüht ist, diverse Maßnahmen zum Schutz der Kolleg:innen zu ergreifen. Da die Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen jedoch immer komplexer und aufwändiger wird, ist die Einrichtung einer solchen Koordinierungsstelle unabdingbar.

Herr Hoffmann begrüßt diesen Antrag und weist auf weitere bereits vorhandene Maßnahmen, wie die Trauma Ambulanz beim KBR hin, die es bereits seit Jahren gibt.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit beschließt über den Antrag und stimmt dem Antrag mehrheitlich mit einer Enthaltung (BD) zu.

2.2.2. Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und FDP "Zukunftsfähigkeit der Leitstelle sichern" XI 12/2023

Frau Kirschstein-Klingner trägt den Antrag vor und betont die Wichtigkeit der Zukunftsfähigkeit der Leitstelle. Herr Grantz ergänzt hierzu, dass mit der Zustimmung des Ausschusses zu diesem Antrag nun die Zukunftsfähigkeit der Leitstelle in Bremerhaven gemeinsam mit dem LK Cuxhaven, dem Landkreis Osterholz und dem Land Bremen gesichert werden kann. Zudem bittet Herr Grantz um Ergänzung des Antrages, dass in diesem Fall nicht ein Dezernent aufgefördert werden kann, sondern beide Dezernenten aufgefördert sein müssen, da dieses Thema eine gemeinschaftliche Aufgabe ist.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit beschließt über den Antrag mit der genannten Ergänzung, dass beide Dezernenten aufgefördert werden.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit stimmt dem Antrag mehrheitlich mit einer Enthaltung (BD) zu.

2.3. Genehmigung der Niederschrift der 1. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für öffentlich Sicherheit in der Wahlperiode 2023/2027 vom 25.09.2023 I 34/2023

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit genehmigt die Niederschrift in der vorgelegten Fassung mit einer Enthaltung (Die Linke).

- 2.4. Sachstandsbericht gem. § 49 Abs. 2 GStVV** **I 35/2023**
- Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht in der vorgelegten Fassung zur Kenntnis.
- 2.5. Terminplanung für die Sitzungen des Ausschusses für öffentliche Sicherheit im Jahr 2024** **I 30/2023**
- Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.
- 2.6. Vorstellung Kampagne „KEINE GEWALT GEGEN UNS“**
- Frau Laue stellt dem Ausschuss für öffentliche Sicherheit die Kampagne „Keine Gewalt gegen uns“ vor.
- 3. Bereich Polizei**
- 3.1. Anfragen**
- Keine.
- 3.2. Anträge**
- 3.2.1. Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und FDP - Einstellung eines Volljuristen / einer Volljuristin bei der Ortspolizeibehörde Bremerhaven** **I 31/2023**
- Frau Milch betont die Wichtigkeit dieses Antrages und stellt einige Beispiele, die den Bedarf begründen, dar. Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit beschließt über den Antrag und stimmt mehrheitlich mit zwei Enthaltungen (Die Grünen, AFD) zu.
- 3.2.2. Antrag der Fraktionen SPD, CDU und FDP zur Ausstattung des Bürger- und Ordnungsamtes mit Bodycams** **I 32/2023**
- Frau Kirschstein-Klingner trägt den Antrag vor und bittet den Ausschuss für öffentlich Sicherheit um Zustimmung. Herr Jürgewitz fragt, ob bei den Mitarbeitern des Bürger- und Ordnungsamtes eine Befragung hierzu durchgeführt wurde. Der Ausschussvorsitzende beantwortet die Frage damit, dass die genannten Mitarbeiter dem Vorhaben positiv gegenüberstehen. Herr Herbrig stellte dar, dass zur Umsetzung voraussichtlich eine Änderung des Bremischen Polizeigesetzes erforderlich ist.
- Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit beschließt über den Antrag. Der Ausschuss für öffentlich Sicherheit stimmt dem Antrag mehrheitlich mit einer Gegenstimme (Die Linke) zu.
- 3.2.3. Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und FDP zum Thema Kundenfreundlichkeit durch Abholschrank im Bürgerbüro Mitte** **I 33/2023**
- Frau Milch erläutert den Antrag und bittet den Ausschuss für öffentliche Sicherheit um Zustimmung. Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit stimmt dem Antrag einstimmig zu.

- 3.3. Vorstellung Frau Sermin Riedel, Polizeibeauftragte für die Freie Hansestadt Bremen**
- Frau Riedel stellt sich und Ihre Tätigkeiten dem Ausschuss für öffentliche Sicherheit vor. Herr Freemann richtet anschließend die Frage an Frau Riedel, ob es zu den von ihr behandelten Fällen auch ein Berichtswesen gibt. Frau Riedel erläutert, dass sie verpflichtet ist, alle zwei Jahre einen Tätigkeitsbericht zu erstellen. Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.
- 3.4. Lagebild der OPB zum Thema Gewaltkriminalität in Bremerhaven** **I 36/2023**
- Herr Ortgies erläutert die Vorlage anhand der beigefügten Präsentation. Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.
- 3.5. Erfahrungsbericht zu den Maritimen Tagen 2023** **I 37/2023**
- Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.
- 3.6. Kurzbericht zum Thema Sicherheitsbefragung im Land Bremen durch Herrn Ortgies** **I 43/2023**
- Herr Ortgies geht auf wesentliche Ergebnisse der Sicherheitsbefragung ein und stellt dar, dass diese 2022 durchgeführt wurde und sich auf das Jahr 2021 bezieht. Außerdem kündigt er an, dass im ersten Quartal des nächsten Jahres der periodische Sicherheitsbericht, zu dem die vorgestellte Sicherheitsbefragung gehört, veröffentlicht wird. Dieser wird weitere Analysen enthalten. Herr Ortgies sieht die Veröffentlichung zur Sicherheitsbefragung als eine ausgesprochen gute Grundlage, die positiv bewertete Polizeiarbeit noch zu verbessern.
- Herr Jürgewitz stellt die Fragen, in welchem Verhältnis die Gesamtanzahl der Befragten Bremerhavener Bürger:innen zu denen in Bremen stehen. Es erfolgte der Hinweis, dass sich diese Frage aus der Vorlage heraus beantworten lässt. Darüber hinaus fragt er, ob es Erklärungen für die im Verhältnis geringere Rücklaufquote in Bremerhaven im Vergleich zu Bremen gibt. Herr Ortgies erläutert, dass es im vorliegenden Kurzbericht zur Sicherheitsbefragung hierzu keine Erklärungen gibt.
- Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.
- 3.7. Neuschaffung von 4,0 Stellen nach der Entgeltgruppe 11 TVöD/VKA zur Auswertung der sog. Encrochat-Verfahren bei der Ortspolizeibehörde** **I 38/2023**
- Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit stimmt für die weitere Durchführung von Encrochat-Verfahren die Schaffung von 4,0 Stellen nach der Entgeltgruppe 11 TVöD (Entgeltordnung/VKA) für die Ortspolizeibehörde (siehe beigefügte Stellenplananträge) und die gleichzeitige Streichung der 4,0 unbefristet überplanmäßigen Bedarfe einstimmig zu.
- 3.8. Bericht zur Gewalt gegen Beschäftigte des Außendienstes** **I 41/2023**
- Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.
- 3.9. Vertrag Wochenmärkte** **I 39/2023**
- Herr Grantz gibt bekannt, dass er künftig die Lenkungsgruppe leiten wird, die sich fortlaufend mit dem Wochenmarkt auseinandersetzen wird. Frau Kirschstein-Klingner geht auf die künftige Zusammensetzung der Lenkungsgruppe ein und schlägt vor, dass die Anzahl der festgelegten Vertreter der Lenkungsgruppe aus dem Ausschuss für öffentliche Sicherheit von drei auf vier Vertreter geändert wird, davon drei aus der Koalition und einer aus der Opposition, um auch immer eine Vertretung gewährleisten zu können.

Mit der genannten Ergänzung von Frau Kirschstein-Klingner und unter dieser Änderung stimmt der Ausschuss für öffentliche Sicherheit dieser Vorlage mit einer Gegenstimme (AFD) zu.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit beschließt:

- Die Durchführung der Wochenmärkte in Bremerhaven wird weiterhin der M3B GmbH (Großmarkt Bremen) übertragen.
- Der ab 1.1.2024 abzuschließende Vertrag umfasst eine Laufzeit von vier Jahren.
- Der bisherige Beirat wird aufgelöst und durch eine Lenkungsgruppe unter Vorsitz des Dezernats I zur Weiterentwicklung der Wochenmärkte ersetzt.
- Dem Ausschuss für öffentliche Sicherheit ist mindestens einmal jährlich über den Stand der Wochenmärkte zu berichten.

3.10. Entfristung eines 1,0 befristeten überplanmäßigen Bedarfes für die Straßenverkehrsbehörde des Bürger- und Ordnungsamtes I 40/2023

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis vom Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses in seiner Sitzung am 26. September 2023 und beschließt gleichlautend die Entfristung des bewilligten 1,0 überplanmäßigen Bedarfes (Entgeltgruppe 9a TVöD (Entgeltordnung/VKA)) für die Straßenverkehrsbehörde des Bürger- und Ordnungsamtes mehrheitlich.

Zum Haushalt 2024/2025 wird ein entsprechender Stellenplanantrag gestellt.

3.11. Überplanmäßiger Bedarf beim Bürger- und Ordnungsamt zur Durchführung der Europawahl 2024 I 42/2023

Vorbehaltlich des Beschlusses des Personal- und Organisationsausschusses beschließt der Ausschuss für öffentliche Sicherheit zur Durchführung der Europawahl 2024 für das Bürger- und Ordnungsamt die Anerkennung der nachfolgenden überplanmäßigen befristeten Bedarfe:

- 1,0 überplanmäßig anerkannter Bedarf befristet für die Dauer von 6 Monaten (01.01.2024 bis 30.06.2024) für die Logistik, Briefwahlorganisation sowie Personal-einarbeitung (Entgeltgruppe 6 TVöD (Entgeltordnung/VKA), analog zu Bremen))
- 9,0 überplanmäßig anerkannte Bedarfe befristet für die Dauer von 3 Monaten (22.04.2024 bis 22.07.2024) für die Durchführung der Briefwahl (Entgeltgruppe 6 TVöD (Entgeltordnung/VKA), analog zu Bremen).

3.12. Verschiedenes Polizei

Keine Wortmeldungen.

4. Bereich Katastrophenschutz

4.1. Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

4.2. Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

- 4.3. Sachstandsbericht Handlungsfelder und Perspektiven im Katastrophenschutz** **KatS - I
4/2023**
- Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.
- 4.4. Warnung der Bevölkerung – Sirenenalarmierung/-infrastruktur** **KatS - I
5/2023**
- Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.
- 4.5. Fördermitteleinwerbung zur Stärkung des kommunalen Katastrophenschutzes** **KatS - I
6/2023**
- Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.
- 4.6. Verschiedenes Katastrophenschutz**
- Keine Wortmeldungen.
- 5. Bereich Feuerwehr**
- 5.1. Anfragen**
- Es liegen keine Anfragen vor.
- 5.2. Anträge**
- Es liegen keine Anträge vor.
- 5.3. Sachstandsbericht: Förderung Ehrenamt Freiwillige Feuerwehr - Projekt Gesundheit und Fitness Freiwillige Feuerwehren „GuFi-FF“** **XI 14/2023**
- Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis. Herr Skusa sagt für die Herbstsitzung 2024 einen aktualisierten Bericht zum Fortlauf dieses Programms zu.
- 5.4. Sofort notwendige Maßnahmen zur Unterbringung des Einsatzpersonals auf der Zentralen Feuerwache** **XI 16/2023**
- Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.
- 5.5. Nachtrag zur Vorlage Nr. XI 10/2023: Stellenplan für das Jahr 2024/2025** **XI 17/2023**
- Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt die dargestellten überplanmäßigen Bedarfe zur Kenntnis und beschließt einstimmig die Weiterleitung an den Personal- und Organisationsausschuss.
- 5.6. Sachstandsbericht zum Neubau eines Gerätehauses für die Freiwillige Feuerwehr Wulsdorf** **XI 18/2023**
- Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

5.7. Sachstandsbericht zur Feuer- und Rettungswache Überseehafen

XI 19/2023

Herr Cordes erläutert, dass zwischenzeitlich die Bauleitplanung beauftragt wurde. Die Vergabe der Hochbauplanung als Ergebnis des Architektenwettbewerbes aus dem November 2024 verzögert sich um 6-8 Wochen, weil eine Prüfung vor der Vergabekammer stattfindet. Im nächsten Ausschuss wird detailliert darüber berichtet.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

5.8. Verschiedenes Feuerwehr

Herr Skusa informiert, dass in Zusammenarbeit mit dem Stadtfeuerwehrverband Bremerhaven im Stadtteil Leherheide ab dem 07.03.2024 von 17-20 Uhr Schnupperkurse für 17-27-jährige stattfinden, um die Feuerwehr vorzustellen und Personal zu gewinnen. Ziel ist es, die Interessent:innen auf die drei freiwilligen Feuerwehren zu verteilen.

Herr Freemann fragt, wie man auf den Stadtteil Leherheide gekommen ist.

Herr Skusa erklärt, dass Leherheide einer der bevölkerungsreichsten Stadtteile Bremerhavens ist und es in diesem keine freiwillige Feuerwehr gibt. Diese Veranstaltung findet – um Werbung zu machen und Potenzial zu erreichen – bewusst im Freizeittreff statt, um das Interesse der Jugendlichen zu wecken.

Herr Hoffmann, als Mitglied im Beirat des Stadtfeuerwehrverbandes, erklärt, dass Leherheide der Stadtteil mit der höchsten Wohnbebauung ist, was auch für die Berufsfeuerwehr eine Herausforderung ist. Im Rahmen des Brandschutzbedarfsplanes ist die Intention, dass auch Menschen und Kinder mit Migrationshintergrund in das Ehrenamt eingeführt werden sollen. Mit Marc Hübler, Mitarbeiter der Feuerwehr und des Stadtfeuerwehrverbandes, haben wir einen Kollegen, der in der Jugendarbeit der Feuerwehr des Landes und Bremerhaven tätig ist und der sich dieses Projektes angenommen hat. Durch den Tag der offenen Tür in Leherheide speziell für Jugendliche soll die Feuerwehr vermehrt wahrgenommen werden und so Jugendliche für das Ehrenamt generiert werden.

Weitere Wortbeiträge gibt es nicht.

Herr Skusa schließt die Sitzung um 17:20 Uhr.

Vorsitzende

Grantz
Oberbürgermeister

Schriftführerin Bereich Polizei

Berndt

Anlage

Skusa
Stadtrat

Schriftführerin Bereich Feuerwehr

Mahlstedt

Vorlage Nr. I/XI 2/2024		
für die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 1

Sachstandsbericht gem. § 49 Abs. 2 GStVV

Der Ausschussvorsitzende des Ausschusses für öffentliche Sicherheit hat gemäß § 49 Abs. 2 GStVV zu jeder ordentlichen Ausschusssitzung eine schriftliche Auflistung der umzusetzenden Beschlüsse und des jeweiligen Bearbeitungsstandes vorzulegen.

G Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht in der vorgelegten Fassung zur Kenntnis.

Grantz
Oberbürgermeister

Anlage: Sachstandsbericht

Lfd. Nr.	Beschlussdatum	Nr. und Bezeichnung der Vorlage	Beschlusslage (ggf. Frist)	Zuständigkeit (Dez./Amt)	Bearbeitungsstand	Bemerkungen
1	20.11.2020	I 34/2020 - Antrag der SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, FDP-Fraktion zum Thema „Neubau einer Wache für die Freiwillige Feuerwehr Wulsdorf“	einstimmig beschlossen	Amt 37	teilweise offen	Um laufende Berichterstattung zum Fortgang des Projektes im Ausschuss für öffentliche Sicherheit wurde gebeten.
2	16.11.2021	I 51/2021 - Antrag der SPD-Fraktion, CDU-Fraktion und FDP-Fraktion zum Thema "Wichtige Maßnahmen für den Katastrophenschutz in der Seestadt Bremerhaven"	einstimmig zugestimmt	Amt 37	teilweise offen	Fortlaufende Berichterstattung im Rahmen der „5-Jahres-Planung“.
3	16.11.2021	I 66/2021 - Antrag der SPD-Fraktion, CDU-Fraktion und FDP-Fraktion zum Thema "Höhere Einstiegsbesoldung für die Berufsfeuerwehr"	einstimmig zugestimmt	Amt 37	teilweise offen	Der zwischen den Fw abgestimmte Entwurf zur Anpassung der landesrechtlichen Regelungen wurde Anfang 2023 auf Fachebene innerhalb des Geschäftsbereichs Sfl vorgestellt. Im Koalitionsvertrag für die 21. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft wurde die Einführung der Eingangsbesoldung A8 aufgenommen. Beteiligungs- und Beschlussfassung auf Landesebene muss abgewartet werden. Kommunal ist für 2024 die Bündelung der Stellen A7/A8 vorgesehen.
4	08.03.2022	I 17/2022 - Ersatzbeschaffung Drehleitern mit Korb und Gelenkteil (DLK) und Abrollbehälter CBRN Umweltschutz	einstimmig beschlossen	Amt 37	teilweise offen	Auftragsvergabe erfolgte im März 2023. Verbindliche Lieferzeit 90 Wochen (Ende 2024)
5	14.06.2022	I 37/2022 - Umsetzung Sonderförderprogramm Sirenen, erfolgreiche Einwerbung weiterer Fördermittel durch die Ortskatastrophenschutzbehörde (Nachverdichtung städtischen Sirennetz)	einstimmig beschlossen	Amt 37	teilweise offen	Erste Stufe flächendeckendes Sirennetz ist fertiggestellt. 2. Stufe (Erweiterung auf 32 Sirenen) in der Umsetzung.
6	05.09.2022	I 55/2022 - Sachstandsbericht Projekt Telemedizin in der IRLS	Kenntnisnahme	Amt 37	offen	Laufende Berichterstattung im AÖS

Lfd. Nr.	Beschlussdatum	Nr. und Bezeichnung der Vorlage	Beschlusslage (ggf. Frist)	Zuständigkeit (Dez./Amt)	Bearbeitungsstand	Bemerkungen
7	11.12.2023	XI 14/2023 – Sachstandsbericht: Förderung Ehrenamt Freiwillige Feuerwehr - Projekt Gesundheit und Fitness Freiwillige Feuerwehren „GuFi-FF“	Kenntnisnahme	Amt 37	offen	Aktualisierter Sachstandsbericht in der AÖS-Herbstsitzung.
8	11.12.2023	I 32/2023 – Antrag der Fraktionen SPD, CDU und FDP zur Ausstattung des Bürger- und Ordnungsamtes mit Bodycams	Mehrheitlich beschlossen	Amt 91	Offen	Klärung mit Senator für Inneres
9	11.12.2023	I 33/2023 - Antrag der Fraktionen SPD, CDU und FDP zum Thema Kundenfreundlichkeit durch Abholschrank im Bürgerbüro Mitte	Einstimmig beschlossen	Amt 91	Offen	Markterkundung; organisatorische, technische und räumliche Umsetzung

Abgeschlossene Vorgänge werden in der nächsten Berichterstattung nicht wiederaufgeführt.

Vorlage Nr. I 1/2024		
für die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 1

Bericht zur Gewalt gegen Beschäftigte des Außendienstes

A Problem

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit hat um einen Bericht zur Gewalt gegen Beschäftigte des Außendienstes des Bürger- und Ordnungsamtes gebeten.

B Lösung

Als Anlage ist der Bericht beigefügt.

C Alternativen

Keine

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Es sind keine Auswirkungen gem. § 35 Abs. 2 GOSTVV ersichtlich.

E Beteiligung / Abstimmung

Keine

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG

Geeignet /Eine Veröffentlichungspflicht nach dem BremIFG besteht.

G Beschlussvorschlag

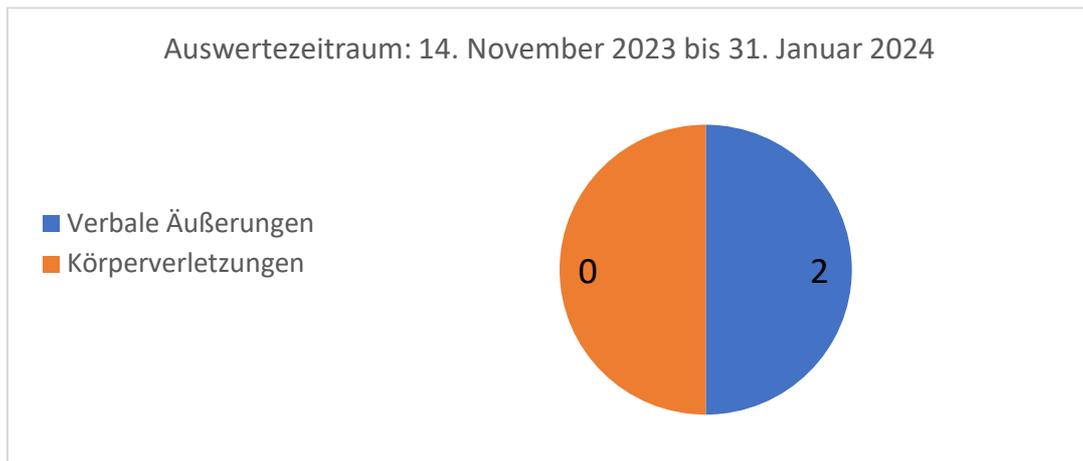
Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.

Grantz
Oberbürgermeister

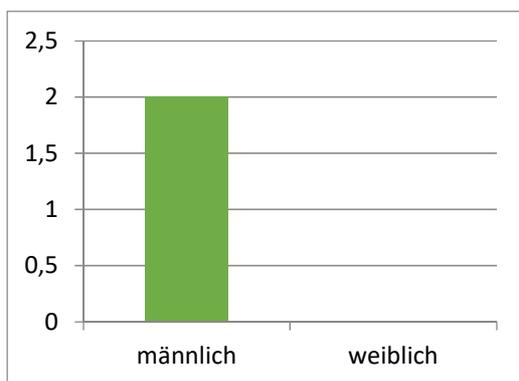
Anlage: Bericht zu Gewalt gegen Beschäftigte des Außendienstes

Gewalt gegen Beschäftigte des Außendienstes des Bürger- und Ordnungsamtes

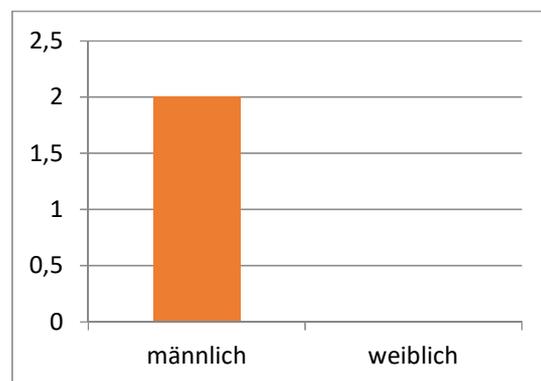
(Beschluss in der Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit am 08. März 2022/Neuaufnahme eines lfd. Berichtes)



Im Berichtszeitraum wurden zwei verbale Äußerungen getätigt (keine Krankheitstage der Mitarbeiter) / Strafanzeigen wurden gestellt.



Ausgesprochene Äußerungen



Betroffene Beschäftigte

Bürger- und Ordnungsamt

Bußgeldstelle (Amt91/7)

Vorlage Nr. I 2/2024		
für die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	nein	Anzahl Anlagen: 0

Benennung Mitglieder Lenkungsgruppe Wochenmärkte

A Problem

Für die Lenkungsgruppe Wochenmarkt sind vier Stadtverordnete des Ausschusses für öffentliche Sicherheit zu benennen, davon ein Stadtverordneter aus der Opposition.

B Lösung

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit benennt vier Stadtverordnete in seiner Sitzung am 27. Februar 2024.

C Alternativen

Keine

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Es sind keine Auswirkungen gem. § 35 Abs. 2 GOSTVV ersichtlich

E Beteiligung / Abstimmung

Keine

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG

Geeignet / Eine Veröffentlichungspflicht nach dem BremIFG besteht.

G Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit benennt in seiner Sitzung am 27. Februar 2024 die folgenden Stadtverordneten für die Lenkungsgruppe Wochenmärkte:

„Die Namen werden nach der Benennung in der Sitzung im Protokoll aufgenommen.“

Grantz
Oberbürgermeister

Vorlage Nr. I 3/2024		
für die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	nein	Anzahl Anlagen: 0

Vorzeitige Besetzung bewilligter Stellen in der Abteilung Migration und Einbürgerung

A Problem

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit hat in seiner Sitzung am 25. September 2023 die Stellenplananträge 2024/2025 für den erforderlichen Personalmehrbedarf in der Abteilung Migration und Einbürgerung des Bürger- und Ordnungsamtes (Vorlage I/29/2023) zur Kenntnis genommen und dem Personal- und Organisationsausschuss weitergeleitet.

Der Personal- und Organisationsausschuss hat in seiner Sitzung am 30. Januar 2024 die Personalmehrbedarfe für den Haushalt 2024/2025 (Sachgebiet Ausländerwesen 2,0 Stellen EG 9b TVöD/VKA sowie Sachgebiet Einbürgerung 2,0 Stellen EG 9a TVöD/VKA) bewilligt.

B Lösung

Eine Besetzung des Personalmehrbedarfes kann erst zum Inkrafttreten des Haushaltes 2024/2025 erfolgen. Der Bedarf für eine Besetzung vor Inkrafttreten des Haushaltes besteht unverändert fort (Begründung in der Vorlage I/29/2023). Hinzu kommen nun die auf Bundesebene beschlossenen Veränderungen des Aufenthaltsrechts (Gesetz zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung; Gesetz zur Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts; Rückführungsverbesserungsgesetz).

Es ist daher notwendig, einen – bis zum Inkrafttreten des Haushaltes 2024/2025 – befristeten überplanmäßigen Bedarf bereitzustellen. In Abstimmung mit dem Personalamt kann eine Besetzung u. a. mit Rückkehrern aus dem Angestelltenlehrgang II erfolgen.

C Alternativen

Keine, die adäquat wären.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Es entstehen zusätzliche Personalkosten bis zum Inkrafttreten des Haushaltes 2024/2025 – abhängig vom Zeitpunkt der Besetzung.

Klimaschutzzielrelevante Auswirkungen ergeben sich nicht.

Die Besetzung des überplanmäßigen Bedarfes erfolgt gendergerecht.

Auswirkungen auf ausländische Mitbürger:innen, Menschen mit Behinderungen, besondere Belange des Sports sowie eine unmittelbare Betroffenheit einer zuständigen Stadtteilkonferenz liegen nicht vor.

E Beteiligung / Abstimmung

Eine Abstimmung erfolgte mit dem Personalamt. Der Personal- und Organisationsausschuss wird in seiner Sitzung am 11. März 2024 beteiligt.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG

Keine /Eine Veröffentlichungspflicht nach dem BremIFG besteht.

G Beschlussvorschlag

Vorbehaltlich des Beschlusses des Personal- und Organisationsausschusses in seiner Sitzung am 11. März 2024 beschließt der Ausschuss für öffentliche Sicherheit den unter B Lösung benannten überplanmäßigen Bedarf bis zum Inkrafttreten des Haushalts 2024/2025 in der Abteilung Migration und Einbürgerung des Bürger- und Ordnungsamtes.

Grantz
Oberbürgermeister

Vorlage Nr. KatS - I 1/2024		
für die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 2

Überörtliche Hochwassereinsätze im Rahmen des Weihnachtshochwassers 2023 in Niedersachsen und Bremen

A Problem

Das Weihnachtshochwasser 2023 resultierte aus starken Regenfällen und führte ab 25.12.2023 zu lokal sehr angespannten Hochwassersituationen mit großflächigen Überschwemmungen. In Niedersachsen verursachte das ursächliche Sturmtief „Zoltan“ vielerorts Schäden und ließ die Pegelstände einiger Flüsse extrem ansteigen und die vorhandenen Speicherbauwerke (z. B. Talsperren) volllaufen. Insgesamt erklärten sieben niedersächsische Landkreise und eine Stadt ein sog. „Außergewöhnliches Ereignis“/Katastrophenvorwarnung (LK Celle, Emsland, Heidekreis, Hildesheim, Oldenburg, Osterholz, Verden sowie Stadt Oldenburg). Auch Bremen war von einem Flusshochwasser betroffen.

Die örtlichen Gefahrenabwehrkräfte waren im Rahmen der großflächigen und langanhaltenden Schadenslagen (> zehn Tage) naturgemäß stark belastet. Aus diesem Grund wurden umfangreich überörtliche/exterritoriale Einheiten hinzugezogen.

B Lösung

Gemeinsam und in enger Zusammenarbeit bewerteten die Feuerwehr (in Zuständigkeit ihrer Aufgabenwahrnehmung der Ortskatastrophenschutzbehörde), die Entsorgungsbetriebe Bremerhaven (als zuständige Stelle für den Katastrophenschutzbereich Extremwetterlagen/Fluss- und Grundhochwasser) und bremenports (als zuständige Stelle für den Katastrophenschutzbereich Sturmflut) die Lage im Stadtgebiet Bremerhaven. Es fanden auch Pegel- und Deichinspektionen sowie eine Wetterentwicklungsbewertung statt. Im Ergebnis wurde einvernehmlich festgestellt, dass für das Stadtgebiet Bremerhaven keine akute Gefahrenlage vorlag. Daraus resultierend, wurden auf Anfrage des Innenministeriums Niedersachsen die Hochwasserbekämpfungseinheiten und das Hochwasserschutzmaterial aus Bremerhaven offeriert.

Ab dem 27.12.2023 wurden Bremerhavener Einsatzkräfte zu insgesamt zwölf Einsätzen nach Niedersachsen und zwei Einsätzen in Bremen verlagert.

Dazu zählten unter anderem

- Betrieb der Großsandsackfüllmaschine der EBB im LK Osterholz
- Deichsicherungsmaßnahmen des technischen Einsatzzuges des THW Bremerhaven in Oldenburg und Lilienthal (72 Einsatzkräfte)
- Betrieb einer Technischen Einsatzleitung in Bremen Timmersloh und
- Beratungstätigkeiten der Einsatzleitung in Lilienthal durch Deichfachberater des THW Bremerhaven

Eine detaillierte Auflistung ist als Anlage beigefügt.

Die Einsatzkräfte aus Bremerhaven konnten die Einheiten vor Ort zielführend unterstützen und einen großen Beitrag zur Gefahrenabwehr leisten. Umfangreich generierten und dokumentierten die Führungskräfte Realerfahrungen. Diese gewonnenen Erkenntnisse gilt es jetzt zu sichern und prioritär in den stadteigenen reaktiven Hochwasserschutz zu überführen. Damit wurde bereits begonnen. Der Austausch der Erkenntnisse wurde eingeleitet und in Zusammenarbeit mit dem Umweltschutzamt (u. a. Abstimmung Kommunikationswege und Hochwasserlenkung durch mobile Systeme) und den EBB (Verwaltungs-/Deichschutz Geeste, Lune und Grauwall-Kanal) aktuell notwendige Optimierungen angestoßen. Hierbei übernimmt die Feuerwehr im Rahmen ihrer Aufgabenwahrnehmung für die Ortskatastrophenschutzbehörde die Koordinierung (vgl. Vorlage Kat-S I 2/2024 Hochwasseraudit).

C Alternativen

Keine, die empfohlen werden kann.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Der Beschlussvorschlag hat keine unmittelbaren weiteren personalwirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen. Anhaltspunkte für klimaschutzzielrelevante Auswirkungen oder eine Genderrelevanz bestehen nicht. Besondere Belange von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, Menschen mit Behinderung oder des Sports sind nicht betroffen.

E Beteiligung/Abstimmung

Keine.

F Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem BremIFG

Gegen eine Veröffentlichung nach dem BremIFG bestehen keine Bedenken.

G Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

Grantz
Oberbürgermeister

Anlage 1: Übersicht der Hochwassereinsätze des KatS Bhv (Weihnachtshochwasser 2023)
Anlage 2: Bilder von Einsatzkräften im Einsatz



Anlage 1: Übersicht der im Hochwassereinsatz eingesetzten Kräfte aus Bremerhaven

Insgesamt waren aus Bremerhaven im Zeitraum vom 26.12.2023 bis 07.01.2024 **120 ehrenamtliche Einsatzkräfte** und eine Einsatzkraft der Berufsfeuerwehr aus Bremerhaven eingesetzt.

Detaillierte Aufschlüsselung der einzelnen Einsatztage:

Mittwoch, 27.12.23

- Einsatz: 23 EK THW in LK OHZ

Donnerstag, 28.12.23

- Einsatz: 49 EK THW + DRK in LK Oldenburg
- Einsatz: 3 EK DLRG + 2EK THW (Deichfachberater) Geesteinspektion mit EBB + BEG

Freitag, 29.12.23

- Einsatz: 4 EK THW in LK OHZ in Bremen, Technische Einsatzleitung
- Einsatz: 3 EK EBB + Fw Bhv in LK OHZ (Sandsackfüllmaschine)
-

Samstag, 30.12.23

- Einsatz: 2 EK THW in Bremen, TEL
- Einsatz: 3 EK THW in OHZ (Liliental), Deichfachberater
- Sandsackfüllmaschine in Liliental in Bereitstellung (ohne Personal)

Sonntag, 31.12.23

- Einsatz: 2 EK THW in Bremen, TEL
- Einsatz: 3 EK THW in OHZ, Deichfachberater
- Sandsackfüllmaschine in Liliental in Bereitstellung

Montag, 01.01.24

- Einsatz: 3 EK THW in OHZ, Deichfachberater
- Sandsackfüllmaschine in Liliental in Bereitstellung

Dienstag, 02.01.24

- Sandsackfüllmaschine in Liliental in Bereitstellung

Mittwoch, 03.01.24

- Sandsackfüllmaschine in Liliental in Bereitstellung
- Einsatz: 3EK THW in OH, Deichfachberatung

Donnerstag, 04.01.24

- Sandsackfüllmaschine in Liliental in Bereitstellung
- Einsatz: 3EK THW in OHZ, Deichfachberatung

Freitag, 05.01.24

- Sandsackfüllmaschine in Liliental in Bereitstellung
- Einsatz: 3EK THW in OHZ, Deichfachberatung
- Einsatz: 11EK THW in Bhv (ehem. Luneortflugplatz, BLG), Modul Pumpen

Samstag, 06.01.24

- Einsatz: 3EK THW in OHZ, Deichfachberatung

Samstag, 07.01.24

- Einsatz: 3EK THW in OHZ, Deichfachberatung

Bremerhavener Zivil- und Katastrophenschutzkräfte in Niedersachsen im Einsatz



Verladung von Hochwassermaterial, Bildnachweis: THW Bremerhaven



THW Fachberater Hochwasserschutz, Bildnachweis: THW Bremerhaven



THW Fachkräfte besteigen Einsatzbus des DRK Bildnachweis: THW Bremerhaven



Schweres Gerät an der Einsatzstelle, Bildnachweis THW



THW Fachberater Hochwasserschutz, Bildnachweis: THW Bremerhaven



Hand in Hand - Sandsacktransport an der Einsatzstelle Bildnachweis: THW Bremerhaven

Vorlage Nr. KatS - I 2/2024		
für die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 1

Hochwasseraudit Seestadt Bremerhaven

A Problem

Die Überschwemmungen zum Jahreswechsel in Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Nordrhein-Westfalen und Bremen sind aktuelle Beispiele, welche Herausforderungen Extremwetterereignisse an den Hochwasserschutz stellen. Die Vorlage KatS I 1/2024 *Überörtliche Hochwassereinsätze im Rahmen des Weihnachtshochwassers 2023 in Niedersachsen* führt zu den Details der notwendigen Gefahrenabwehrleistung durch Katastrophenschutzkräften aus.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit hat in seiner Sitzung vom 05.09.2022 (Vorlage Nr. I 59/2022) die Einführung des neuen Katastrophenschutzbereichs „Hochwasser (Sturmflut, Fluss-, Niederschlags-/Grundhochwasser)“ zur Kenntnis genommen. Mit Magistratsbeschluss zur Katastrophenschutzordnung wurde dieser eingeführt.

Gem. Verwaltungsvorschrift über Organisation, Gliederung, Leitung und Führung im Katastrophenschutz (VwV KatS-Org) hat die Ortskatastrophenschutzbehörde diesen Katastrophenschutzbereich (ehemals „Teilkalender“) definiert. Die Bereichsverantwortung für die Szenarien Fluss- und Grundhochwasser obliegt den Entsorgungsbetrieben Bremerhaven, welche gleichzeitig auch unterhaltungspflichtig für weite Teile des baulichen Hochwasserschutzes entlang der Geeste sind.

Die zunehmenden Wetterextreme sowie die Interaktion zwischen Flusshochwasser und Sturmflutereignissen stellen umfangreiche Herausforderungen an die Pegelprognose, Kritikalitätsbewertung, Risikoanalytik und die notwendigen reaktiven Fähigkeiten zur Verwaltungs- und Deichverteidigung dar. Begründet ist dies unter anderem damit, dass z. B. ein Flusshochwasser bei geschlossenen Sturmflutschutzbauwerken ggf. nicht in die Weser abgeführt werden kann und konkurrierende Interessen bei notwendiger Retention von Wassermassen vor der Stadtgrenze durch Nutzung von Überschwemmungsflächen entstehen können.

Kurzfristig müssen die baulichen und technischen Hochwasserschutzsysteme, existente Deichlinien und die Zusammenhänge von Szenarien (u. a. Niederschlagsmanagement, Grundwasseranstieg, Flusshochwasser und Sturmflutereignisse) kausal analysiert sowie die Aspekte

Flächen-, Bau-, Verhaltens- und Risikovorsorge im Kontext statistischer Mittel (sog. HQ-Werte) betrachtet werden. Hierfür existieren auf Seiten der Verwaltung naturgemäß keine geeigneten fachlichen Ressourcen, welche beauftragt werden könnten.

B Lösung

Die Feuerwehr, die die Aufgaben der Ortskatastrophenschutzbehörde wahrnimmt, hat in Zusammenarbeit mit den Entsorgungsbetrieben Bremerhaven und dem Umweltschutzamt einen Lösungsvorschlag erarbeitet, der die Beauftragung eines sogenannten „Hochwasseraudits Überflutungsvorsorge“ über die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall (DWA) vorsieht. Eine entsprechende Vorlage soll dem Magistrat für die Sitzung am 14.02.2024 vorgelegt werden. Ein Entwurf der Vorlage ist als Anlage beigefügt.

C Alternativen

Keine, die empfohlen werden kann.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Der Beschlussvorschlag hat keine unmittelbaren weiteren personalwirtschaftlichen Auswirkungen. Die finanziellen Auswirkungen werden auf 26.775 € beziffert. Anhaltspunkte für klimaschutzzielrelevante Auswirkungen oder eine Genderrelevanz bestehen nicht. Besondere Belange von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, Menschen mit Behinderung oder des Sports sind nicht betroffen.

E Beteiligung/Abstimmung

Diese Vorlage wurde im Vorfeld mit den Entsorgungsbetrieben Bremerhaven (gem. Magistratsbeschluss zuständig für die Katastrophenschutzbereichsplanung Grund- und Flusshochwasser) sowie mit dem Umweltschutzamt/Wasserbehörde abgestimmt.

F Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem BremIFG

Gegen eine Veröffentlichung nach dem BremIFG bestehen keine Bedenken.

G Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt die Vorlage zur Kenntnis und wird gebeten, einen mit dem Magistratsbeschluss gleichlautenden Beschluss zu fassen.

Die Feuerwehr wird beauftragt, dem Ausschuss fortlaufend Bericht zu erstatten.

Grantz
Oberbürgermeister

Anlage: Entwurf der Magistratsvorlage

Vorlage Nr.
für den Magistrat

Anzahl Anlagen: 0

Beauftragung eines Hochwasseraudits für die Seestadt Bremerhaven

A Problem

Die Überschwemmungen zum Jahreswechsel in Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Nordrhein-Westfalen und Bremen sind aktuelle Beispiele dafür, welche Herausforderungen Extremwetterereignisse an den Hochwasserschutz stellen.

Mit Magistratsbeschluss und Kenntnisnahme des Ausschusses für öffentliche Sicherheit (Vorlage Nr. I 59/2022) wurde im Jahr 2022 u. a. der neue Katastrophenschutzbereich „Hochwasser (Sturmflut, Fluss-, Niederschlags-/Grundhochwasser)“ eingeführt. Gem. Verwaltungsvorschrift über Organisation, Gliederung, Leitung und Führung im Katastrophenschutz (VwV KatS-Org) hat die Ortskatastrophenschutzbehörde diesen Katastrophenschutzbereich (ehemals „Teilkalender“) definiert. Die Bereichsverantwortung für die Szenarien Fluss- und Grundhochwasser obliegt den Entsorgungsbetrieben Bremerhaven, welche gleichzeitig auch unterhaltungspflichtig für weite Teile des baulichen Hochwasserschutzes entlang der Geeste sind.

Die zunehmenden Wetterextreme sowie die Interaktion zwischen Flusshochwasser und Sturmflutereignissen stellen umfangreiche Herausforderungen an die Pegelprognose, Kritikalitätsbewertung, Risikoanalytik und die notwendigen reaktiven Fähigkeiten zur Verwaltungs- und Deichverteidigung dar. Begründet ist dies unter anderem damit, dass z. B. ein Flusshochwasser bei geschlossenen Sturmflutschutzbauwerken ggf. nicht in die Weser abgeführt werden kann und konkurrierende Interessen bei notwendiger Retention von Wassermassen vor der Stadtgrenze durch Nutzung von Überschwemmungsflächen entstehen können.

Kurzfristig müssen die baulichen und technischen Hochwasserschutzsysteme, existente Deichlinien und die Zusammenhänge von Szenarien (u. a. Niederschlagsmanagement, Grundwasseranstieg, Flusshochwasser und Sturmflutereignisse) kausal analysiert sowie die Aspekte Flächen-, Bau-, Verhaltens- und Risikovorsorge im Kontext statistischer Mittel (sog. HQ-Werte) betrachtet werden. Hierfür existieren auf Seiten der Verwaltung naturgemäß keine geeigneten fachlichen Ressourcen, welche beauftragt werden könnten.

B Lösung

Durch die Mitgliedschaft der Ortskatastrophenschutzbehörde im HochwasserKompetenzCentrum (HKC, vgl. Vorlage Nr. I 23/2022) hat die Seestadt Zugriff auf das dortige Wissensnetzwerk. Hier wurden im Kontext der aktuellen Herausforderungen Möglichkeiten zur angemessenen und geeigneten Bearbeitung der Thematik „Hochwassermanagement in Bremerhaven“ eruiert. Im Ergebnis ist festzustellen, dass die auf Bremerhaven spezifisch passende Lösungsoption existent ist. Über die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall (DWA) kann ein sog. Hochwasseraudit „Überflutungsvorsorge“ beauftragt werden. Dieses Audit ermittelt Stand und Grenzen der vorhandenen Überflutungsvorsorge und unterstützt die Verwaltung, notwendige reaktive Maßnahmen zur ggf. notwendigen Optimierung des Hochwasserschutzes abzuleiten. Vorsorgeampeln (farbcodierte Analysevisualisierungen) veranschaulichen, in welchem Vorsorgebereich die Seestadt Bremerhaven bereits gut aufgestellt ist bzw. an welchen Stellen Handlungsbedarf besteht. Durch das Audit werden auch lokale Unterstützungsmöglichkeiten der europäischen Hochwasser-Risikomanagement-Richtlinie aufgezeigt, Schäden oder Schadenspotenziale reduziert, notwendige Maßnahmen priorisiert und

eine Vernetzung der Akteure auf kommunaler Ebene (Unterhaltungspflichtige, Vorsorgeverpflichtete, Betriebe/Verbände, reaktive Gefahrenabwehr) auf Einladung der DWA erreicht.

Grundlage für die Auditierung ist das DWA Regelwerk-M 551 (Audit Hochwasser) in denen 35 Indikatoren für die verschiedenen Vorsorgebereiche analysiert werden. Nach der Auditierung wird der Kommune das Audit anhand einer Wandplakette bestätigt. Dies kann, medial entsprechend verwertet, u. a. der Bevölkerungsinformation und dem Aspekt Verhaltensvorsorge/Bevölkerungspädagogik dienen und damit die Resilienzsteigerung gem. der 5-Jahresplanung zur Reorganisation des kommunalen Katastrophenschutzes sinnvoll flankieren.

Die Kosten für ein solches Audit belaufen sich nach aktuell eingeholter Auskunft auf 26.775 €. Bei zeitnaher Beauftragung wäre eine Auditdurchführung noch in 2024 und somit vor der möglichen Starkregenphase im Herbst/Winter realistisch. Die Beauftragung der Maßnahme wird als zwingend, unabweisbar und unaufschiebbar im Sinne der Verwaltungsvorschriften zur vorläufigen Haushalts- und Wirtschaftsführung für das Haushaltsjahr 2024 erachtet. Auch ist der Tatbestand des Artikel 132a der BremLV aus hiesiger Sicht erfüllt. Die Auditierung dient dem Schutz der Allgemeinheit vor Gefahren und Schäden, die durch Katastrophen hervorgerufen werden sowie der Vorbereitung der Katastrophenabwehr, die in § 37 Absatz 1 BremHilfeG festgehalten sind.

C Alternativen

Das Audit „Überflutungsvorsorge“ wird nicht oder nicht zeitnah beauftragt. Dies hat zur Folge, dass Handlungsbedarfe nicht oder nicht zeitnah in ausreichendem Umfang und unter Einbeziehung externer fachlicher Expertise eruiert und etwaige Maßnahmen zur Optimierung des Hochwasserschutzes nicht abgeleitet, priorisiert und umgesetzt werden können. Den unter Punkt B beschriebenen gesetzlichen Verpflichtungen aus dem BremHilfeG wird nicht hinreichend nachgekommen. Der Schutz der Bevölkerung ist nicht ausreichend sichergestellt.

D Finanzielle/Personalwirtschaftliche Auswirkungen

Der Beschlussvorschlag hat keine unmittelbaren weiteren personalwirtschaftlichen Auswirkungen. Die finanziellen Auswirkungen werden unter B und G dargestellt. Anhaltspunkte für klimaschutzzielrelevante Auswirkungen oder eine Genderrelevanz bestehen nicht. Besondere Belange von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, Menschen mit Behinderung oder des Sports sind nicht betroffen.

E Beteiligung/Abstimmung

Diese Vorlage wurde im Vorfeld mit den Entsorgungsbetrieben Bremerhaven (gem. Magistratsbeschluss zuständig für die Katastrophenschutzbereichsplanung Grund- und Flusshochwasser) sowie mit dem Umweltschutzamt/Wasserbehörde abgestimmt.

F Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem BremIFG

Die Vorlage ist für die Öffentlichkeit geeignet. Gegen eine Veröffentlichung nach dem BremIFG bestehen keine Bedenken.

G Beschlussvorschlag

Der Magistrat stellt die notwendigen Haushaltsmittel für ein Hochwasseraudit für die Stadt Bremerhaven über den Finanz- und Wirtschaftsausschuss bereit und entscheidet über eine Ausnahme gem. den Verwaltungsvorschriften zur vorläufigen Haushalts- und Wirtschaftsführung der Seestadt Bremerhaven für das Haushaltsjahr 2024.

Grantz
Oberbürgermeister

Vorlage Nr. KatS - I 3/2024		
für die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 1

Sachstandsbericht Handlungsfelder und Perspektiven im Katastrophenschutz

A Problem

Der Katastrophenschutz in der Stadt Bremerhaven ist grundsätzlich gewährleistet und hat sich in den zurückliegenden Realereignissen und Übungen als belastbar und funktionsfähig dargestellt.

Naturgemäß sind aber aufgrund neuer Erkenntnisse und neuer Herausforderungen Anpassungsstrategien notwendig, um die Leistungsfähigkeit zu erhalten und auszubauen. Für die notwendige Anpassung des Katastrophenschutzes hat die Feuerwehr, die die Aufgaben der Ortskatastrophenschutzbehörde wahrnimmt, in der Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit am 08.09.2021 einen 5-Jahres-Plan zur Optimierung und Anpassung des Bevölkerungsschutzes vorgestellt.

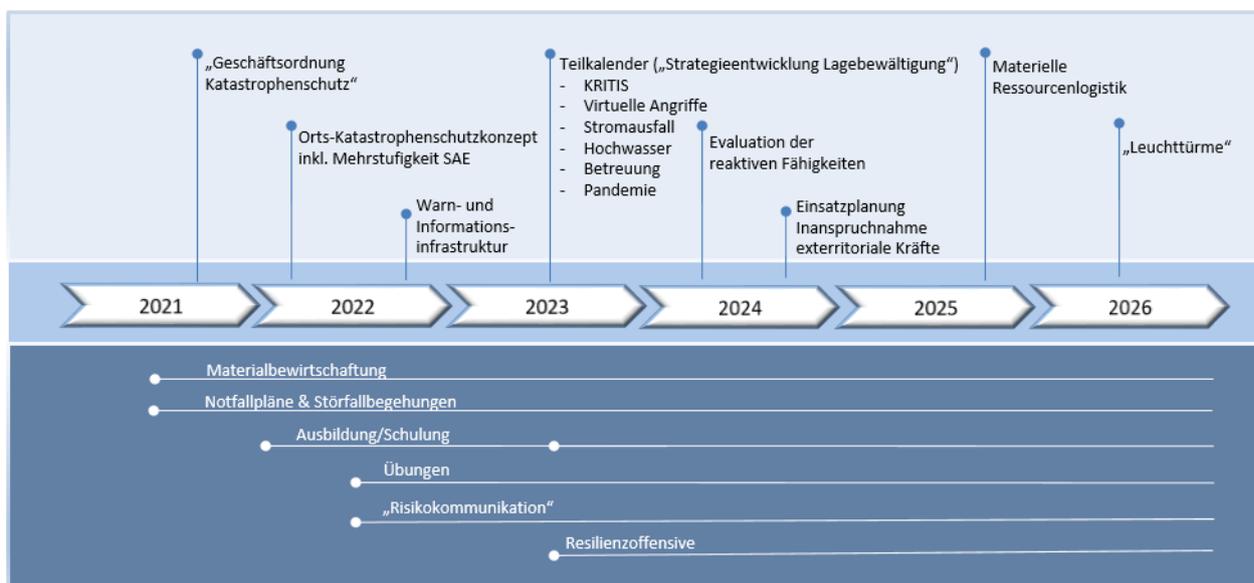


Abb1 – 5-Jahres-Plan Bevölkerungsschutz Bremerhaven

Zum Sachstand wurde um fortlaufende Berichterstattung gebeten.

B Lösung

Hiermit erfolgt Berichterstattung über den Bearbeitungsstand der einzelnen Themenschwerpunkte des Katastrophenschutzes der Seestadt Bremerhaven.

Katastrophenschutzordnung und Sachstand Orts- und Landeskatastrophenschutzkonzept

Im November (20.-24.11.2023) wurde die zweite Schulung „*Kommunales Krisenma-*

nagement und Stabsarbeit zur Bewältigung von Schadenslagen“ durchgeführt. Ämter und Einrichtungen mit Bereichsverantwortung gem. Katastrophenschutzordnung waren hierzu eingeladen. Der Lehrgang war ausgebucht, der Lehrgangsplan ist als Anlage beigefügt. Die Evaluation hat erneut ein sehr positives Resümee ergeben. Auch für das Jahr 2024 ist ein Lehrangebot für katastrophenschutzbereichsführende Ämter/Einrichtungen vorgesehen.

Darüber hinaus plant die Feuerwehr- und Katastrophenschutzschule der Feuerwehr Bremerhaven in 2024 die erste „Stufe 2 Schulung“. Diese ist adressiert an die Teilnehmenden der bisherigen Grundlagenschulungen und vermittelt tiefergehendes Wissen zur Ereignisbewältigung, Krisenorganisation und Bereichsplanung gem. Katastrophenschutzordnung (vgl. Vorlage Nr. I 59/2022). Die hierfür notwendigen Haushaltsmittel werden über die regulären Verfahren angezeigt und belaufen sich auf 16.000 €.

Warn- und Informationsinfrastruktur

Von der Feuerwehr begrüßt wurde die Veröffentlichung des Landeswarnerlasses (Erlass SIS 2-43/001). Dieser ist seit dem 01.12.2023 in Kraft.

Die beauftragte Fachfirma zur Errichtung der stationären Warnsirenen (Fa. Hörmann) hat einen Bauzeitenplan vorgelegt. Demnach beginnen die Nachbesserungs- und Neuerrichtungsarbeiten (vgl. Vorlage I 5/2023) im März 2024.

Strategische Lagebewältigung/Katastrophenschutzbereiche

Katastrophenschutzbereichsplanung:

Der hauptsächliche Bearbeitungsschwerpunkt liegt in 2024 auf der Erstellung der Katastrophenschutzbereichsplanungen. Mit der neuen Katastrophenschutzordnung wurden elf Katastrophenschutzbereiche definiert. Dazu zählen:

- Rettung und technische Abwehr,
- Hochwasser (Sturmflut, Fluss-, Niederschlags- und Grundhochwasser),
- Gesundheitswesen (Pandemien, auch veterinärmedizinisch),
- Ausfall von Systemen der Kritischen Infrastruktur inkl. Fernwärme, Gas, Strom und Trinkwasser,
- Ausfall von Informations- und Kommunikationstechnologie,
- Sozial- und Betreuungswesen,
- Umweltschutz,
- Bestattungswesen,
- Bildung,
- Kultur-, Sakral- und Archivgutschutz,
- Bauwesen.

Mit Datum der Beschlussfassung und Auftragserteilung an die Feuerwehr vom 08.09.2021, gemäß der 5-Jahres-Planung die inhaltliche Detailbearbeitung der Katastrophenschutzbereiche durchzuführen, existierten in der Stadt vier Katastrophenschutzbereiche (Bauwesen, Gesundheit, Sturmflut und Bau). Die nun zusätzlich definierten sieben Katastrophenschutzbereiche bedingen eine teilweise vollständig neue Vorsorgeplanung in eigener Zuständigkeit der Feuerwehr sowie der Unterstützung der zuständigen Fachämter. Die Fachämter werden bei der Erarbeitung bestmöglich von der Feuerwehr unterstützt.

Zivilschutzplanung:

In Ergänzung zur Vorlage I 4/2023 wird nochmals unterstrichen, dass der Bund (Bundesministerium des Inneren und für Heimat) das Land Bremen (SIS) aufgefordert hat, in Zusammenarbeit mit den Kommunen die sog. Zivile Alarmplanung (ZAP) zu erneuern. Grundlage hierfür ist das Inkrafttreten der ZAPRL (Richtlinie für die Zivile Alarmplanung). Eine Unterrichtung seitens SIS an den Magistrat ist bisher nicht erfolgt, sodass der derzeitige Sachstand wie in Vorlage I 4/2023 beschrieben besteht.

Evaluation der reaktiven Gefahrenabwehr

Im Berichtszeitraum wurde umfassend Material für den Zivil- und Katastrophenschutz beschafft. Dazu gehörte

- Material zur Wasseraufbereitung (Trinkwassernotversorgung)
- Material zur Notunterbringung von Personen (sog. Betreuungsplatz 250)
- Material zum Transport (z. B. LKW-Anhänger)
- Material zur Notinstandsetzung (mobiler Werkstattcontainer) und
- Material zur Versorgung der Bevölkerung (Großkochanhänger, Toilettencontainer etc.)

Dadurch wurde die reaktive Gefahrenabwehrfähigkeit des städtischen Zivil- und Katastrophenschutzes umfangreich erweitert.

Einsatzplanung Inanspruchnahme exterritoriale Kräfte

Derzeit laufen die Vorbereitungen für eine Katastrophenschutzübung am 14. und 15.06.2024. Hierfür werden auch wieder überörtliche Katastrophenschutzkräfte eingeladen, um das Zusammenwirken zur Gefahrenabwehr im Stadtgebiet bestmöglich vorzubereiten und aufeinander abzustimmen (vgl. Punkt Ausbildung, Schulung, Übung).

Materielle Ressourcenlogistik

In den Vorlagen I 12/2023, KatS – I 1/2023 und I 4/2023 wurde bereits über die Problematik zur Unterbringung von Katastrophenschutzmaterialien berichtet. Diese Situation ist anhaltend, es stehen weiterhin Einsatzmittel ohne Witterungsschutz im Freien. Mittelfristig, und in Anbetracht des notwendigen Aufwuchses der materiellen Ausstattung für einen leistungsfähigen Katastrophenschutz, wird eine geeignete Lagerstätte notwendig. Der konkrete Bedarf ist noch nicht abschließend eruiert, auch um z. B. Container, in denen KatS-Materialien gelagert werden, und die derzeit im Freien stehen (ohne Witterungsschutz) adäquater unterzubringen.

Die räumlichen und Platzbedarfe der Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH) sind unverändert, ebenso der Zustand, dass bisher noch keine geeignete Immobilie gefunden werden konnte (vgl. Vorlagen I 12/2023, KatS – I 1/2023 und I 4/2023).

Im Rahmen von fortlaufenden Erfassungs- und Inventarisierungsmaßnahmen des Zivil- und Katastrophenschutzmaterials ist aufgefallen, dass noch Defizite bei der Beschriftung/Beklebung des Einsatzmaterials (Stadtwappen, Konturmarkierungen etc.) existieren. Diese sollen kurzfristig behoben und die Einsatzfahrzeuge/Materialien entsprechend gekennzeichnet werden.

Katastrophenschutz-Leuchttürme

Aktuell laufen Vorbereitungen, um die Standorte der vorhandenen Bürgerinformations- und Notfallkontaktpunkte (NKP) im Krisenfall zeitgerecht an die Bevölkerung kommunizieren zu können. Hierfür werden Presse- und Bürgerinformationen mit anderen Pressestellen (z. B. Energieversorger) abgestimmt, um im Ereignisfall gleichlautend informieren zu können.

Die in der Vorlage I 4/2023 berichteten Haushaltsmittelbedarfe zur sukzessiven Ertüchtigung der vorhandenen NKP in Höhe von 10.000 €/a wurden angezeigt. Nach Mittelzuweisung erfolgt in 2024 die Beschaffung der Kommunikationstechnik, damit eine Kommunikation der Notfallkontaktpunkte mit der Integrierten Regionalleitstelle Unterweser-Elbe (IRLS) sichergestellt werden kann. Bis auf weiteres übernimmt diese Aufgabe zunächst ein Einsatzfahrzeug der jeweiligen Organisation, die diesen NKP betreibt. Aufgrund von anderweitigen Widmungen dieser Einsatzfahrzeuge (z. B. Rettungstransportwagen zur Versorgung von Notfallpatient:innen) ist diese Maßnahme nicht verlässlich, worauf sich die Beschaffung der notwendigen Kommunikationstechnik begründet.

Notfallpläne und Störfallinspektionen/Störfallbetriebe

Im Berichtszeitraum wurde ein weiterer Störfallbetrieb in der Stadt Bremerhaven eröffnet. Die Störfallinspektion gem. § 16 des Bundes-Immissionsschutzgesetz wurde durch-

geführt. Damit sind aktuell alle städtischen Störfallbetreiber visitiert.

Ausbildung, Schulung, Übung

Aktuell laufen die Vorbereitungen für die Katastrophenschutzübung 2024. Diese soll am 15.06.2024 stattfinden. In Verbindung damit steht ein Fachaustausch am 14.06.2024, der an die beteiligten Einheiten, Verbände und Organisationen adressiert ist.

Die Feuerwehr Bremerhaven plant für die Qualitätssteigerung des sanitätsdienstlichen Einsatzpersonals der Katastrophenschutzeinheiten einen nebenberuflichen Rettungssanitäter-Lehrgang anzubieten. Dadurch werden in Bremerhaven aktive ehrenamtliche Kräfte für die Mitwirkung im kommunalen Bevölkerungsschutz befähigt. Mit der Teilnahme geht eine Vereinbarung einher, welche zum Mitwirken im Zivil-/Katastrophenschutz verpflichtet. Dies ist ein übliches Verfahren, das u. a. auch bei der aktuell laufenden Führerschein-Ausbildung des Bundes etc. angewendet wird. Die für die Durchführung des Lehrgangs notwendigen Haushaltsmittel werden über die regulären Verfahren angezeigt und belaufen sich auf 9.500 €/a, der Lehrgang dauert zwei Jahre. Insgesamt sollen bis zu zehn ehrenamtliche Bremerhavener Helfer:innen fortgebildet werden.

Risikokommunikation und Resilienzoffensive

Kein neuer Sachstand zur Vorlage KatS I 4/2023.

C Alternativen

Keine, die empfohlen werden kann.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Der Beschlussvorschlag hat keine unmittelbaren weiteren personalwirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen. Anhaltspunkte für klimaschutzzielrelevante Auswirkungen oder eine Genderrelevanz bestehen nicht. Besondere Belange von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, Menschen mit Behinderung oder des Sports sind nicht betroffen.

E Beteiligung/Abstimmung

Keine.

F Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem BremIFG

Gegen eine Veröffentlichung nach dem BremIFG bestehen keine Bedenken.

G Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

Grantz
Oberbürgermeister

Anlage: Lehrgangsplan

Tag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag (freiwilliges Angebot)
08:15-09:45	Begrüßung Organisation Zivil- und Katastrophenschutz Zuständigkeiten Bund, Länder, Kommunen Integriertes Hilfeleistungssystem – der Bevölkerungsschutz in Deutschland Katastrophenschutzverwaltungsvorschrift, Katastrophenschutzordnung und BremHilfeG	KatS-Plan-Software, digitale Ereignisfall- vorbereitung Einweisung und Aufbaustruktur	Krisenvorbereitung einer Bundeseinrichtung: Das Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Gastvortrag Kapt. Arnold Kröger Zivil-Militärische-Zusammenarbeit - die Bundeswehr im Katastrophenschutz Einsatz Gastvortrag Oberstlt. Dr. Haga	Besichtigung Stabsraum der zentralen Feuerwache Einweisung Funktionszuordnung/Raumaufteilung und Vorstellung der Medienregie	Katastrophenschutzplanung im eigenem Bereich, erste Schritte (Tutorium)
09:45-10:30	Fr ü h s t ü c k s p a u s e				
10:30-12:00	Leistungsfähiger Katastrophenschutz – was ist das? Krisenmanagement, Sicherheitsniveau und Restrisikoakzeptanz Katastrophenschutzplanungen der verantwortlichen Ämter	Die Ortspolizeibehörde- Zusammenarbeit im Katastrophenfall Gastvortrag Polizeirat Tom Kurzweg	Zivil-Militärische Zusammenarbeit im Kontext aktueller Bedrohungsszenarien Gastvortrag Oberst Timm Besichtigung des Ausweichstabsraum der Stadt Bremerhaven in der Hochschule Bremerhaven	Stabsarbeit praktisch Lagebewältigung durch Stabsstrukturen	Der eigene Katastrophenschutzbereich- Ereignisfallvorbereitung praktisch Eigene Leistungsfähigkeit / Reflektion / Stresstest – der Weg zur Katastrophenschutzbereichsplanung
12:00-12:45	M i t t a g s p a u s e				
12:45-14:15	Der Stab gem. FwDV 100 Die Stabsfunktionen Administrative – organisatorische sowie operativ-taktische Aufgabentrennung	Operative Katastrophenschutzeinheiten der Seestadt Bremerhaven, praktische Vorstellung	Stabsarbeit praktisch Lagebewältigung durch Stabsstrukturen	Stabsarbeit praktisch Lagebewältigung durch Stabsstrukturen Auswertung und Nachbesprechung	
14:15-14:30	K a f f e e p a u s e				
14:30-16:00	Informationsfluss im Führungsstab Der Vier-Farben-Vordruck Das Einsatztagebuch – gerichtsfeste Entscheidungs- und Auftragsdokumentation	In Krisen Köpfe kennen – amtsübergreifende und interdisziplinäre Vernetzung von Verwaltungsressourcen	Auswertung und Nachbesprechung	Incident-Command-Systeme weltweit – was kann der deutsche Führungsstab vom Ausland lernen? Gastvortrag Prof. Dr. Kudlacek	

Vorlage Nr. XI 1/2024		
für die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Sachstandsbericht zum Neubau eines Gerätehauses für die Freiwillige Feuerwehr Wulsdorf

A Problem

Mit der Vorlage XI 18/2023 erfolgte im Dezember 2023 der letzte Sachstandsbericht zum Neubau eines Gerätehauses für die Freiwillige Feuerwehr Wulsdorf.

B Lösung

Im Sozialgebäude sind die Estricharbeiten abgeschlossen, sodass der weitere Innenausbau gem. Bauzeitenplan voranschreitet. In der Fahrzeughalle haben die Bodenarbeiten begonnen, es müssen noch vereinzelt Nachbesserungen an der Dachabdichtung und den Hallentoren vorgenommen werden.

Die Baumaßnahme liegt weiterhin im Zeit- und Kostenplan.

C Alternativen

Keine.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Es ergeben sich gegenwärtig keine Anhaltspunkte für klimaschutzzielrelevante Auswirkungen. Eine Genderrelevanz ist festzustellen, da das bisherige Gerätehaus nur unzureichende Möglichkeiten für die Trennung von Sanitär- und Umkleibereichen vorsah.

Besondere Belange von ausländischen Mitbürger:innen, Menschen mit Behinderung oder des Sports sind nicht betroffen. Eine besondere örtliche Betroffenheit des Stadtteils Wulsdorf ist festzustellen.

E Beteiligung/Abstimmung

Seestadt Immobilien.

F Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem BremIFG

Gegen eine Veröffentlichung nach dem BremIFG bestehen keine Bedenken.

G Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

Vorlage Nr. XI 2/2024		
für die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Sachstandsbericht zur Feuer- und Rettungswache Überseehafen

A Problem

Mit der Vorlage XI 19/2023 erfolgte im Dezember der letzte Sachstandsbericht zum Neubau einer Feuer- und Rettungswache Überseehafen im Stadtbremischen Überseehafengebiet.

B Lösung

Zum Abschluss des durchgeführten hochbaulichen Realisierungswettbewerbes sind im Rahmen eines Verhandlungsverfahrens mit den beiden bestplatzierten Büros Gespräche durchgeführt worden. Hierbei hatten die Büros noch mal Gelegenheit, ihre Entwürfe hinsichtlich Flächeneffizienz und Raumoptimierung anzupassen und ein abschließend finales Angebot einzureichen. Als Ergebnis des Vergabeverfahrens ist das zuvor zweitplatzierte Büro für die Zuschlagserteilung vorgesehen gewesen. Mit der Nichtberücksichtigung des im Architektenwettbewerb erstplatzierten Entwurfs, hat das unterlegene Büro eine Rüge bei der Vergabekammer Bremen eingereicht. Die Dokumentation mit Bewertungsmatrix liegt bei der Vergabekammer zur Prüfung.

Die Entscheidung der Vergabekammer Bremen ist derzeit noch ausstehend. Die parallel laufenden Planungen zum Bauleitplanverfahren sind davon aktuell nicht betroffen und werden durch das Stadtplanungsbüro Claussen-Seggelke weiter fortgesetzt.

C Alternativen

Keine.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Der Beschlussvorschlag hat zunächst keine personalwirtschaftlichen Auswirkungen. Finanzielle Auswirkungen sind derzeit in der Abstimmung und deshalb noch nicht bezifferbar. Die Finanzierung für die Beauftragung der Bauleitplanung ist über Seestadt Immobilien sichergestellt. Anhaltspunkte für klimaschutzzielrelevante Auswirkungen oder eine Genderrelevanz bestehen nicht. Besondere Belange von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, Menschen mit Behinderung oder des Sports sind nicht betroffen. Eine örtliche Betroffenheit ist aufgrund der mit der Maßnahme verbundenen Verbesserung der Hilfsfristen insbesondere für die nördlichen Stadtteile festzustellen.

E Beteiligung/Abstimmung

Seestadt Immobilien.

F Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem BremIFG

Gegen eine Veröffentlichung nach dem BremIFG bestehen keine Bedenken.

G Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

Skusa
Stadtrat

Vorlage Nr. XI 3/2024		
für die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Bauliche Erweiterung der Integrierten Rettungsleitstelle Unterweser-Elbe (IRLS)

A Problem

Das Leitstellengutachten aus 2023 liegt im Entwurf vor und zeigt einen erforderlichen Flächenbedarf von insgesamt 950 m² für die IRLS auf, wovon 550 m² bereits in den Räumen der Zentralen Feuerwache sichergestellt werden können. Der überbleibende Platzbedarf von 400 m² kann nur durch zusätzlich ergänzende Baumaßnahmen realisiert werden, da die vorhandenen Raumkapazitäten auf der Zentralen Feuerwache vollständig ausgeschöpft sind.

B Lösung

Es wurden mit dem Wirtschaftsbetrieb Seestadt Immobilien bereits verschiedenste Lösungsansätze besprochen. Vor dem Hintergrund des anstehenden Personalzuwachses in 2024, freiwerdender Flächen mit dem geplanten Neubau der Feuer- und Rettungswache Überseehafen sowie der strategischen Entwicklung der IRLS mit einem Neubau, kommen aus wirtschaftlichen und zeitlichen Aspekten nur angemietete Containermodule als Übergangslösung in Frage. Als erster Ideenansatz ist ein zweigeschossiger Containermodulkomplex angedacht, der im Innenhof der Zentralen Feuerwache errichtet werden soll. Hierfür soll der Wirtschaftsbetrieb Seestadt Immobilien die Kostenkalkulation und weiteren Planungen übernehmen.

C Alternativen

Keine, die empfohlen werden kann.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Finanzielle Auswirkung: Der Beschlussvorschlag generiert Mietkosten über eine 7-jährige Mindestlaufzeit, mit der Option auf Verlängerung. Die Finanzierung der Baumaßnahme wird über den Wirtschaftsbetrieb Rettungsdienst finanziert. Eine teilweise Refinanzierung erfolgt dann im Weiteren durch die Vertragspartner der IRLS sowie durch den operativen Rettungsdienst.

E Beteiligung/Abstimmung

Eine Abstimmung mit dem Wirtschaftsbetrieb Seestadt Immobilien ist erfolgt.

F Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem BremIFG

Gegen eine Veröffentlichung nach dem BremIFG bestehen keine Bedenken.

G Beschlussvorschlag

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis und bittet die Feuerwehr, gemeinsam mit dem Wirtschaftsbetrieb Seestadt Immobilien, eine Kostenkalkulation zu erstellen und die weiteren Schritte schnellstmöglich einzuleiten.

Bei einer Vergabe vor Inkrafttreten des Haushalts 2024 ist die Ziffer 4. der Verwaltungsvorschriften zur vorläufigen Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt Bremerhaven auf der Grundlage der Ermächtigung nach Artikel 132a der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen zu beachten.

Skusa
Stadtrat

Vorlage Nr. XI 4/2024		
für die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Bericht zur Gewalt im Rettungsdienst zweites Halbjahr 2023

A Problem

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit bat das Dezernat XI um eine laufende Berichterstattung zu Übergriffen im Rettungsdienst.

B Lösung

Im zweiten Halbjahr 2023 wurde kein Übergriff gegen Einsatzbeamte im Rettungsdienst registriert. Die Freiwillige Feuerwehr Weddewarden wurde in der Silvesternacht 2023 auf 2024 durch jugendliche Personen gezielt unter Verwendung von Pyrotechnik in Leherheide attackiert. Der Fall wurde zur Anzeige gebracht. Die Ermittlungen der OPB dauern noch an.

C Alternativen

Keine.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlages

Es ergeben sich gegenwärtig keine finanziellen Auswirkungen, Anhaltspunkte für klimaschutzzielrelevante Auswirkungen oder eine Genderrelevanz bestehen nicht. Besonders Belange von ausländischen Mitbürger:innen, Menschen mit Behinderung oder des Sports sind nicht betroffen. Eine besondere örtliche Betroffenheit eines Stadtteils kann nicht festgestellt werden.

E Beteiligung/Abstimmung

Keine.

F Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem BremIFG

Gegen eine Veröffentlichung nach dem BremIFG bestehen keine Bedenken.

G Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.